

14.11.2018 - 14:45 Uhr

Media Service: Anlegerskandal in Deutschland beschäftigt Staatsanwälte in Zug

Zürich (ots) -

Die Folgen eines der grössten Anlegerskandale der deutschen Wirtschaftsgeschichte beschäftigt jetzt die Zuger Staatsanwaltschaft. Ein Rechtshilfegesuch der Münchner Staatsanwaltschaft ist in Bearbeitung, wie eine Sprecherin der Behörde in Zug gegenüber der «Handelszeitung» bestätigt. Bei dem Fall in Deutschland geht es um 54'000 potenziell geschädigte Anleger, welche in den vergangenen Jahren in Schiffscontainer investiert haben und ein Anlagevermögen von rund 3,5 Milliarden Euro. Die Gesellschaft P&R Equipment & Finance Corporation in Zug, um die es sich bei dem Rechtshilfegesuch dreht, fungiert dabei bis heute als Zahlstelle und ist für das Containermanagement zuständig. «Es geht um Unterlagen der Equipment und Finance plus Konto-Unterlagen», sagt die Münchener Oberstaatsanwältin Hildegard Bäuml-Hösl zur «Handelszeitung». «Das Rechtshilfeersuchen», sagt Bäuml-Hösl über den P&R-Fall, «spielt bei unseren Ermittlungen eine grosse Rolle.» Wegen mutmasslichen Betrugs des Gründers der deutschen Container-Investment-Firma P&R mit Verbindungen in die Schweiz ermittelt die Staatsanwaltschaft München I, zuständig für Wirtschafts-, Insolvenz- und Steuerstrafsachen. Diese brachte das Rechtshilfegesuch bei der Staatsanwaltschaft Zug vor wenigen Wochen ein.

Kontakt:

Nähere Auskunft erhalten Sie unter Tel: 058 269 22 90

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100822162> abgerufen werden.